

und Bahnhof Grün und erweitert, ebenfalls auf dem Marchfeld südlich von Lundenburg. In Schlesien wird der Slovake das Gebiet von Ratibor mit Auschluß der Stadt Ratibor und Rybnik zugewiesen; se. ner die Bahn von Ratibor und Rybnik nach Oderberg, sowie Oderberg selbst.

Der polnischen Republik wird das Wilitzien Gebiet zugesprochen und ein Gebiet ungefähr drei Kilometer westlich von der Weichsel zugewiesen. Das Karwiner Revier, Teschen, sowie die Riesau- und Oderberger Bahn kommen vollständig in tschechoslowakischen Besitz.

Staatspräsident Karolik übergibt die Macht an das Proletariat

Osenpest, 21. März 1919.

Oberstleutnant Vix überreichte dem Präsidenten der ungarischen Volksrepublik Karolik eine Note der Verbandsmächte, worin mit Bezug auf einen Beschuß der Pariser Konferenz eine neue als politische Grenze zu betrachtende Demarkationslinie zwischen Ungarn und Rumänien bestimmt wird. Die wichtigeren Punkte der neutralen Zone werden von Verbundstruppen besetzt.

Der Ministerrat beschloß, mit Rücksicht auf die eingetretene und angekündigte der der ungarischen Produktion stehenden Katastrophe den Rücktritt der Regierung, welche von Karolik angenommen wurde. Der Beschuß des Ministerrates wurde dem Oberstleutnant Vix mitgeteilt. Staatspräsident Karolik erließ eine Rundgebung an das ungarische Volk, worin er erklärt, daß er gleichfalls abtanke und die Macht an das Proletariat übergebe.

Die Diktatur des Proletariates.

Osenpest, 21. März.

Die Leitungen der ungarischen Sozialistennpartei und der ungarischen Kommunistenpartei haben in gemeinsamer Sitzung die Vereinigung der beiden Parteien beschlossen: die Partei übernimmt im Namen des Proletariates unverzüglich die ganze Macht. Die Diktatur des Proletariates wird vom Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat ausgeübt. Zur Sicherung der Herrschaft des Proletariates und gegen die Weltherrschaftspläne der Verbandsmächte müsse das innige Waffen- und Geistesbündnis mit der russischen Sowjet-Diktatur geschlossen werden.

Infolge des Rücktrittes der Regierung hat der Arbeiterrat die Regierung übernommen und einen vorläufigen revolutionären Regierungsrat gebildet, dessen Mitglieder den Titel "Volkskommissare" führen. Das Präsidium übernimmt Garbal, Volkskommissar für Finanzen ist Varga, für Neukeres Kuhn, für Krieg Pogany und für Sozialisierung Boehm.

Die Volksregierung hat über Osenpest und über das ganze Land das Standrecht verhängt.

Die Arbeit der Pariser Konferenz.

Wilson, Lloyd-George, Clemenceau und Orlando beraten über die Grundlagen eines Vorfridens (nicht endgültigen Waffenstillstandes) mit Deutschland; er soll die Verbandsforderungen an Deutschland in militärischer Hinsicht, zur See, die Abgrenzung und die finanziellen Bedingungen, sowie die Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund enthalten. Italien drängt darauf, daß die Italiener interessierenden Gebietsfragen auch im Vorfriden geregelt werden. Die Vollkonferenz tritt erst zusammen, wenn die vier Staatsmänner befürwortete Abmachungen getroffen haben. Nach einer Basler Meldung seien die Schwierigkeiten im Scheinrat durch Einkennen Wissens (?) behoben.

Widerstand deutscher Seeleute.

Die Verbände der deutschen Reeder und der deutschen Transportarbeiter haben in der letzten Zeit ein neues Tarifabkommen geschlossen. Eine kleine Gruppe der im spartatlisischen Seemannsbund organisierten Seeleute forderte eine 100 prozentige Erhöhung der Säge des Tarifvertrages, im anderen Falle würden sie für die Lebensmittelversorgung Deutschlands bestimmten Schiffe nicht ausfahrt. Die Forderung wurde nicht bewilligt und so haben die Seeleute in Hamburg sowie in Bremen

die von den Verbandsmächten geforderte Auslieferung der deutschen Handelsflotte verweigert und allen deutschen Seeleuten es zur Pflicht gemacht, die Arbeit auf den Schiffen nicht aufzunehmen. Der Verband der Transportarbeiter, Section Seeleute, wendet sich gegen den fraglichen Beschuß und hebt hervor, daß die Seeleute trotz der von den deutschen Schiffen geführten Verbandsflagge unter deutschem Recht und deutschem Befehl stehen. Die Regierung verhandelt mit den ausständischen Seeleuten, um auf alle Fälle die Ausfahrt der Lebensmittelräuber zu erreichen.

Die Zukunft von Vorarlberg.

(Meinungsaustausch über unsere künftige Zugehörigkeit)

Mittelberg, 16. März. (Die Zukunft Kleinwalsertals.)

Die Frage über die Zukunft Vorarlbergs ist allem Anschein nach sofort geklärt, da sie gegenwärtig von unserer Bundesregierung offiziell aufgegriffen wird. Was geschieht mit dem Kleinwalsertal, wenn Vorarlberg sich der Schweiz anschickt? Das ist nun für die Bewohner der Gemeinde Mittelberg eine brennende Frage. Da wir durch unsere geographische Lage unter allen Umständen gezwungen sind, wirtschaftlich mit Bayern zu verbünden, haben die Walser durch Jahrzehnte gearbeitet, bis der Zollanschluß an Deutschland erwirkte. Es sei nur nebenbei bemerkt, daß Dr. Tiburt Frick, auch ein Walser, beim Ministerium in Wien 44 Maß vortrefflich werden mußte, bis endlich am 1. Mai 1891 die fragliche Angelegenheit erledigt wurde.

Es ist jedoch durchaus nicht als sicher anzunehmen, daß wir den Zollanschluß an Bayern auch fernerhin gesichert haben, wenn wir Schweizer werden. Besonders die gegenwärtige, vorwörfige Lage in Deutschland könnte unserem Privilegium ein rasches Ende bereiten. Ein Anschluß an Bayern bei den gegenwärtigen mitsächsischen Verhältnissen ist für uns Walser gewiß nicht empfehlenswert; denn wir sind nicht willens, die furchtbaren Lasten, welche die Verbandsmächte unseren Nachbarn auf 50 Jahre auferlegen dürfen, mitzuhalten zu tragen. Es bleibt uns also nur noch der eine Ausweg, vom Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen und „die Kleine Republik“, wie unser Tal von Regierungsmännern des Landes schon vor Jahren mit Vorliebe genannt wurde, in der Tat anzustreben. Wenn wir die Steuern, die von uns Walsern jährlich an den Staat entrichten werden, für unsere eigene Wirtschaft verwenden könnten, dürfte ein großer Teil herabgesetzt werden und wir wären dennoch in der Lage, einen geordneten Haushalt zu führen und für Strafen- und Brüderbauten usw. noch einen hinreichenden Fonds anzulegen. Unsere Steuerleistung an Land und Staat beträgt heute jährlich nach Abzug sämtlicher Gemeindefeststellungen 36.000 Kr., für unsere eigene Gemeindeverwaltung müssen wir noch selbst aufkommen. Es ist also nicht einzusehen, warum wir alljährlich eine so hohe Summe oder noch mehr (die Steuern sind noch nicht aufgestiegen) an irgend einen Staat zahlen, der uns in seiner Hinsicht Schutz zu bieten vermag und selbst ohnmächtiger ist als ein Sterben. Oder sollten wir mit unseren Steuergeldern den Juden und sozialistischen Regierungen ihre hohen Gehälter sichern, damit sie dann vielleicht dafür unsere Kirchengüter einziehen, die Religion aus der Schule verdrängen, die katholische Ehe zerstören und vergleichbare Sachen mehr?

Auch das Land soll und darf uns nicht an unserer Selbstständigkeit hindern. Nachdem uns die alte Regierung in Wien in so unsägliches Elend gestürzt hat, haben wir gewiß keinen Unspruch, alles aufzubieten, uns von dieser Knechtschaft frei zu machen, damit wir Landwirte im Gebiete durch möglichst hohe Steuern nicht dem unausbleiblichen Ruin verfallen. Was riskieren wir, wenn wir uns selbstständig stellen? Gar nichts, wir gewinnen vielmehr.

Es kommt nun die Frage, ob im Falle der Erlangung unserer Selbstständigkeit nicht Zollschranken den Verkehr mit Bayern erschweren würden oder ob ein wirtschaftliches Abkommen überhaupt zu erreichen sei oder nicht. Dem gegenüber sei bemerkt, daß diese Frage durch eine einfache Formulare ihre Lösung finde, indem wir uns unter den Schutz Bayerns stellen, bzw. ihn uns zu erwerben suchen. Das Verhältnis Schleitsteins zu Österreich könnte uns zum Vorbild dienen.

Die Verwaltung der „Kleinen Republik“ kann auf ganz demokratischer Grundlage aufgebaut werden, indem für jede der drei Fraktionen ein Amtmann, oder wie man ihn dann nennen mag, mit dem Zugeständnis gleicher Rechte gewählt würde und denen eine Anzahl von Vertretern (Gemeindeausschuß) zur Durchführung des Volkswillens zur Seite gestellt wird. Nur eines sei noch erwähnt, was wohl als heikelster Faktor bei der Selbstverwaltung in Betracht käme, nämlich das Justizwesen. Wie uns die Geschichte Mittelbergs lehrt, hat das Kleinwalsertal fast mehr als 300 Jahre lang das Justizwesen bis zu einem höheren Grade (Verbrecher) besorgt, mußte aber damals die Gezeit selbst ausarbeiten. Um wieviel leichter wäre dies heute, da das Bürgerliche und Strafgezichtbuch zur Verfügung stehen! Und wie manches Urteil würde anders gesprochen, wenn nicht fremde Richter, wie es heute so häufig im Zivilprozeß, sowia auch in politischer Beziehung vorkommt, über Dinge entscheiden, zu denen ihnen das ABC der technischen Sach- und Ortskenntnis fehlt.

Es ist gewiß an der Zeit, die fragliche Angelegenheit auch bei uns zur allgemeinen Beprechung und Behandlung zu bringen; denn in kürzester Zeit wird sich Vorarlberg entschieden und dann sollt auch wir schlüssig geworden sein. Und besonders ihr, Frontsoldaten, die ihr über vier Jahre lang unter ungünstigen Strapazen die vielen schlußwürdige Wirtschaft mitansehen mußtet, welchen Dank habt ihr für eure heimatmütige Vaterlandsverteidigung erhalten oder zu erhoffen? Aus welchen Leuten ist unsere Mehrheitsregierung in Wien zu einem großen Teil gebildet? Glaubt ihr, daß die Sozialisten mit ihren vorausschenden Ideen imstande sind, das Volk zu begütern? Wir haben die Regierungsfähigkeit dieser Leute nun zur Kenntnis gelernt. Darum räst euch auf zu gemeinsamer Arbeit, damit der Volkswill durchdringe und uns die Freiheit verschaffe! Mittelberg den Mittelbergern, das Walserthal den Walsern!

(Die genaue Erhebung der direkten und indirekten Steuerleistung ist nicht so einfach, da sie ohne Zuhilfenahme aller behördlichen Belege und sachverständiger Berechnungen leicht gemacht werden kann. Auch die Auslastung berechnung ist schwierig. Ein Teil der Kosten der Staats- und Landesverwaltung, der Geiste ist, entfällt auf das kleine Walserthal. — Daß die künftige Stellung Mittelbergs im Falle eines Anschlusses an die Schweiz einer besonderen Regelung bedürfe, ist richtig. Wir meinen aber, daß dann so viele sehr schwierige Fragen zu regeln wären, daß die Mittelbergische noch nicht einmal die größte wäre. Die Redaktion.)

Bludenz, 16. März. (Auch ein Beitrag zum Studium der Anschlußfrage Vorarlbergs.) Gestern war im „Volksblatt“ zu lesen, daß in Bayerisch-Schwaben Stimmen für den Anschluß an Württemberg laut werden. Damit würde sich für Vorarlberg eine dritte (bezw. vierte) Möglichkeit des Anschlusses eröffnen, die sicher auch Beachtung verdient. Von Ulm geht nämlich eine Bewegung aus, welche einen Bundesstaat oder Reichstaat Allemannen (Schwaben) begründen und hierzu auch Vorarlberg einzubeziehen will. Das von Rektor Dr. Magirus in Ulm neulich verendete Flugblatt „Schwaben, jetzt, oder nie mehr“ vertritt in padender Weise dieses Bestreben. Wenn sich Bayerisch-Schwaben-Neuburg angeschlossen, dann könnte auch Vorarlberg geographisch die Türe zum Anschluß an Allemannen (mit Württemberg, Hohenzollern, Schwaben-Neuburg und allen als Teile von Baden) offen: ein hübsch abgerundetes Gebiet mit einheitlich alemannischer Bevölkerung, die uns schon sehr sympathisch war, ruhig, arbeitsam und sehaft, jedem Bolschewismus abgeneigt, religiös-kulturell uns nahestehend, wirtschaftlich ein gesegnetes Land. Alte Erinnerungen wachen wieder auf aus der Zeit, wo Vorarlbergher weit ins Badische hinunterreichte und bis in die neuere Zeit dabeißt ein warm-freundliches Gedenk hinterließ. Mögen Berufene auch diese Anschlußmöglichkeit in ihren Studienplan aufnehmen! (Diesem Wunsche dürfte in den Geschäften der letzten Landesversammlung Rechnung getragen sein. Die Red.)

Nachrichten aus Vorarlberg.

Wengen, 22. März. (An die Versteller des „Volksblattes“.) Für die „Volksblatt“-Abnehmer, deren Bestellung mit 31. März ab-

